

Hochschule als Konzern: Wieso die Hörsäle so voll sind S. 6-7

Revolution in Ägypten: Wie sich auch die Geschlechterrollen veränderten S. 8-9

Vegetariusmus: Dürfen Linke Fleisch essen? S. 11

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Atomkatastrophe in Fukushima hat gezeigt, wie hoch das "Restrisiko" wirklich ist. In Deutschland hahen deshalh so viele wie noch nie für einen sofortigen Atomausstieg protestiert. Wieso die Anti-AKW-Bewegung entscheidend dafür sein wird, ob es einen wirklichen Ausstieg gibt, analysieren wir auf Seite 3 - und welche Widerstände es dabei zu überwinden gilt auf den Seiten 4-5. Dass sich scheinbar unverrückbare Positionen und Verhältnisse schnell verändern können. zeigt wie kein zweites Beispiel die Revolution in Ägypten. In critica berichtet eine Stundentin, die bei der Revolution dabei war. wie sich dadurch auch die Geschlechterrollen radikal wandelten. Eine ägyptische Studentin schreibt, wie die Studierenden nun versuchen, die Professoren loszuwerden, die bis zum bitteren Ende Mubarak die Treue gehalten haben (Seite 8-9). Dass es auch hierzulande Protest bedarf, um die Hochschulen zu verändern, steht auf den Seiten 6-7

Eure critica-Redaktion

Impressum



Critica. Semesterzeitung von Die Linke.SDS, Nr. 6 / 2011

critica, c/o Die Linke.SDS, Kleine Alexanderstraße 28. 10178 Berlin

Redaktion:

May Naomi Blank, Ole Guinand, Hans Krause, Franziska Lindner, Sarah Nagel, Jonas Rest, Maria Wetzig, Kerstin Wolter Lavout-

Alexandra Cooper, Jonas Rest V.i.S.d.P.: Steffi Graf

Anzeigen: anzeigen@critica-online.de Bestellungen: bestellungen@critica-online.de, Internet: www.critica-online.de





Beim Bildungssstreik protestierten vor eineinhalb Jahren Hunderttaussende. Critica sagt, wieso es lohnt, im Wintersemester wieder zu streiken.

500.000 Studienplätze mehr - sofort

Im Herbst werden durch die Verkürzung der Schulzeit mit den Doppeljahrgängen, die Aussetzung der Wehrpflicht und geburtenstarke Jahrgänge rund doppelt so viele Schulabgänger an die Hochschulen strömen. Durch den bisherigen Hochschulpakt wird das bei weitem nicht aufgefangen. Wir brauchen sofort eine halbe Millionen ausfinanzierte Studienplätze mehr.

Freier Masterzugang für alle

Sogar Bildungsministerin Schavan hat 2009 eingestanden, dass der Bachelor kaum ausreichende Qualifikation für den Arbeitsmarkt bietet und iede Bachelorabsolventin und jeder -absolvent ein Recht auf einen Masterplatz haben sollte. Das dies nicht der Realität entspricht zeigt sich an immer mehr Hochschulen. Wir brauchen einen freien Masterzugang für alle Bachelorabsolventen.

Bafög ausbauen -Studium finanzieren

Als Antwort auf den bundesweiten Bildungsstreik 2009 sollte der Bafög-Regelsatz nach vielen Jahren zum ersten mal um klägliche 2% erhöht werden - nicht mal ein Ausgleich der Inflation. Die Umsetzung ließ bis zum letzten Herbst auf sich warten. Wir brauchen eine ausreichende und elternunabhängige Studienfinanzierung.

Studiengebühren überall abschaffen

Mit der Abschaffung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen gibt es dieses besondere Mittel zur sozialen Auslese aufgrund des Geldbeutels nur noch in vier Bundesländern. Studiengebühren gehören überall abgeschafft - dafür müssen wir wie beim Bildungsstreik 2009 oder in Hessen 2006 alle auf die Straße gehen.

Keine akademischen Tagelöhner

Schon jetzt sind viele Vorlesungen und Seminare überfüllt, das Lehrpersonal überlastet. Die neu eingestellten Lehrenden werden oft in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal und bessere Arbeitsbedingungen.

Öffnung der Hochschulen

Um dem selektiven Schulsystem in Deutschland entgegenzuwirken, muss es mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung möglich sein, sich an einer Hochschule einzuschreiben. Für eine Öffnung der Hochschulen, auch für Menschen ohne "Muster-Lebenslauf".

critica ★ Wenn du Interesse an Texten, Fotografie oder Layout hast, nimm mit uns Kontakt auf

Ich interessiere mich für...

- ☐ Artikel schreiben (Print/Online)
- ☐ Lavout
- ☐ Fotografie
- ☐ Webdesign

Name:

E-Mail:

Telefon:



Einfach ausfüllen und abschicken an: critica c/o Die Linke.SDS; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin oder per Mail: info@critica—online.de



ine Viertelmillion Menschen fluteten am 26. März die Innenstädte
von Berlin, Hamburg, Köln und
München. Es waren die größten Demonstrationen für einen sofortigen Atomausstieg,
die es jemals geben hat. Überall dabei waren auch die Fahnen der grünen Partei, die
parallel in den Umfragen hochgeschnellt ist
und jetzt in Baden-Württemberg zum ersten
Mal einen Ministerpräsidenten stellt.

Viele legen ihre Hoffnung in die Partei, die 1980 aus der Anti-Atom-Bewegung hervorgegangen ist. Ein rot-grünes Bündnis, so glauben viele, organisiert nach der Abwahl von Schwarz-Gelb endlich den Atomausstieg. Eine Hoffnung, die schon einmal enttäuscht wurde.

Der "Atomausstieg", den SPD und Grüne vor elf Jahren beschlossen, war eine Vereinbarung der rot-grünen Bundesregierung mit den Energiekonzernen, die E.ON als "Entscheidung über den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftanlagen" bezeichnete.

deutschen Kernkraftanlagen" bezeichnete. Der rot-grüne Atomkonsens war ein rechtskräftiger Vertrag, der festlegte, dass alle Atomkraftwerke ab Betriebsbeginn etwa 34 Jahre laufen dürfen. Der Trick dabei: Nach den Sicherheitsstandards der EU können Atomkraftwerke aus technischen Gründen

sowieso kaum länger betrieben werden.

So erreicht in Frankreich das älteste laufende Atomkraftwerk erst jetzt sein 34. Betriebsjahr. Alle älteren Reaktoren sind abgeschaltet, obwohl Frankreich keinerlei Ausstieg plant und 75 Prozent seines Stroms aus Atomkraft gewinnt.

Zudem sah der rot-grüne "Atomausstieg"

Kein AKW ist durch den rot-grünen Atomkonsens früher vom Netz gegangen

vor, dass Laufzeiten von einem Kraftwerk auf ein anderes übertragen werden können. Als E.ON 2003 das Kernkraftwerk Stade aus wirtschaftlichen Gründen aufgab, blieb dem Konzern eine Restlaufzeit von etwa 6 Monaten. Diese hat E.ON 2010 an RWE verkauft, das die Laufzeit für ein Atomkraftwerk und zu einem Zeitpunkt seiner Wahl einsetzen darf

Der rot-grüne "Atomausstieg" hat also praktisch ausgeschlossen, dass ein Atomkraftwerk abgeschaltet wird, bevor dies aus technischen Gründen notwendig ist. Tatsächlich sind seit Beginn der rot-grünen Bundesregierung 1998 nur die AKWs in Stade und Obrigheim nach 31 beziehungsweise 36 Jahren Betriebszeit stillgelegt worden. Dabei war der Ausbau der Atomkraft schon

Vor der SPD-Grüne-Regierung konnte die Anti-AKW-Bewegung mehr durchsetzten

gestoppt, bevor SPD und Grüne 1998 an die Macht kamen. Die Anti-AKW-Bewegung hat mehr Forderungen durchsetzen können, als die Grünen noch nicht mitregierten.

So ist seit 1989 ist in Deutschland kein AKW mehr ans Stromnetz gegangen, obwohl damals Helmut Kohl regierte, der auch nach der Atomkatastrophe von Fukushima noch für Atomkraft wirbt. Der Grund für das faktische Aus der Atomkraft liegt auf der Straße.

In Westdeutschland hat eine beispiellose Bewegung seit den 70er Jahren dafür gesorgt, dass der Bau von 25 AKWs verhindert werden konnte. Hunderttausende protestierten, Tausende blockierten die Bauplätze für Kraftwerke und Endlager. "Kein Atombefürworter", erinnern sich Atomkraftgegner in einem Beitrag, "hätte 1977 bei der Benennung Gorlebens als Endlagerstandort gedacht, dass 33 Jahre danach nicht einmal die Erkundung des Salzstockes abgeschlossen ist."

Und die Bewegung verhinderte nicht nur einzelne Kraftwerke, sondern sorgte dafür, dass das Atomprogramm insgesamt zum Auslaufmodell erklärt wurde.

Auch das Moratorium über die sieben ältesten AKWs in Deutschland wurde von der Regierung nicht aus Einsicht über die Gefahr von Atomkraftwerken verhängt, sondern aus Angst vor der Macht und Überzeugungskraft derjenigen, die sich schon seit Jahrzehnten gegen die Produktion von Atomenergie mit aller Kraft einsetzen: der Anti-Atom-Bewegung.

Einen echten Atomausstieg – und keine Neuauflage einer "Entscheidung über den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftanlagen" – wird es nur geben, wenn es Druck von der Straße gibt, wenn AKWs und Lobbytreffen der Atomkonzerne blockiert und Castor-Transporte aufgehalten werden. Dieser Druck kann den Einfluss der Energiekonzerne auf die parlamentarische Politik zurückdrängen.

Parteien sollten mithelfen, den außerparlamentarischen Druck zu organisieren. Auf sie verlassen sollte man sich besser nicht. \bigstar

Was Du tun kannst

★ Bundesweiter Protest an zwölf Alt-AKWs

Zwölf Protestaktionen an zwölf AKWs wenige Woche bevor das Moratorium über hiesige AKWs ausläuft und die Bundesregierung über die Zukunft der Atomenergie entscheidet. Mehr im Internet: www.ausgestrahlt.de

★ Montagsproteste für den sofortigen Atomausstieg

In unzähligen Orten finden weiterhin jeden Montag Kundgebungen und Aktionen für einen sofortigen Atomausstieg statt. Die Orte und Uhrzeiten finden sich neben weiteren Protestterminen auf: www.ausgestrahlt.de



★ Massenblockade der Atomkraftwerke

Im Juni will das Netzwerk X-tausendmal-quer Massenblockaden vor den Toren von AKW organisieren, die bis dahin nicht stillgelegt sind. Info und den Aufruf unterzeichnen: www.x-tausendmal-quer.de

Auf der Gehaltsliste der Atomkonzerne

Der Atomausstieg kann nur gegen die Profitinteressen mächtiger Wirtschaftszweige durchgesetzt werden – und ihr engmaschiges Netzwerk in der Politik. **Von Franziska Lindner und Jonas Rest**



s war der Wahlkampf-GAU für Schwarz-Gelb vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg: Protokoll eines Spitzentreffens des Bundesverbandes der Industrie (BDI) mit Wirtschaftsminister Rainer Brüderle gelangte an die Öffentlichkeit, bei dem er der dort versammelten kleinen Gruppe von Top-Managern versichert hatte, dass das Atom-Moratorium der Kanzlerin nur Wahlkampfmanöver sei. Der Grund für seinen Beschwichtigungsversuch: Bei dem Treffen war die versammelte Elite des deutschen Kapitals unruhig geworden, als die Meldung von einer vorübergehenden Abschaltung deutscher Alt-AKWs über die

Die Nervosität der Konzernchefs rührt daher, dass die deutschen Energieunternehmen eng verflochten sind mit anderen Konzernen wie den Unternehmen energieintensiver Industrien oder dem Finanzsektor. So stellt Lutz Mez, Forschungsleiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin, in einer Untersuchung fest: "Vor allem E.ON und RWE sind eng mit der Bank- und Versicherungswirtschaft verflochten, die entweder direkt oder indirekt über Privatkunden Aktienpakete dieser Unternehmen halten."

In der politischen Debatte um die Laufzeitverlängerung der deutschen Atommeiler hatten die Energiekonzerne daher keine Probleme, die Creme de la Creme der deutschen Konzernchefs hinter ihren Interessen zu versammeln.

Im Einvernehmen mit dem BDI organisierten sie einen "energiepolitischen Appell". Zu den Unterzeichnern gehören neben dem Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann die Bosse energieintensiver Konzerne wie

Ekkehard Schulz (ThyssenKrupp), Werner Wenning (Bayer) oder Jürgen Hambrecht (BASF).

Das Ergebnis der politischen Auseinandersetzung um die AKW-Laufzeitverlängerung: Die 17 deutschen Atomkraftwerke dürfen im Durchschnitt zwölf Jahre länger laufen. Die Energiekonzerne erhalten in diesem Zeitraum trotz Abgaben Zusatzerlöse von mindestens 57 Milliarden Euro, wie das Öko-Institut berechnete. Neben "erheblichen Zusatzprofiten der Betreiber" führe die AKW-Laufzeitverlängerung nach einer Studie der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler für die Energiekonzerne so "zu einer massiven Stärkung und Verlängerung ihrer ohnehin marktbeherrschenden Stellung"

Politische Verflechtungen

Die Durchsetzung der AKW-Laufzeitverlängerung gegen die Mehrheit der Bevölkerung ist das deutlichste Beispiel dafür, dass die Interessen der konventionellen Energiekonzerne und die mit ihnen verflochtenen Branchen die Politik durchdringen.

Ihre Macht rührt auch daher, dass die Handlungsfähigkeit eines Staates stark von seinen Steuereinnahmen abhängt und diese wiederum zu einem großen Teil von den Profiten der Stromkonzerne und der Industrien, die mit diesen eng verflochten sind.

Ein engmaschiges Netzwerk von Lobbyisten sorgt dafür, dass dieser Zusammenhang wahrgenommen wird. Der politische Einfluss der Atomlobby reicht von der Bundespolitik bis zur kommunalen Ebene. So hat etwa der Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit im Umweltminiserium Gerald Hennenhöfer jahrelang für den Energiekonzern E.ON gearbeitet.

Die Energiekonzerne unterhalten sogenannte "Beiräte", in denen sie vor allem wohlgesonnene Lokalpolitiker platzieren, die mehrere tausend Euro für einige Treffen im

Ein gigantisches Geflecht vom Minister bis zum Kommunalpolitiker

Jahr verdienen. Bei RWE sind es etwa 4.650 Euro, zuzüglich 500 Euro pro besuchter Sitzung und einer weiteren Pauschale von 100 Euro. Damit genügend Bürgermeister und Landräte ihr Stück vom Kuchen abbekommen, unterhält RWE gleich vier regionale Beiräte mit insgesamt 114 Mitgliedern.

Das Ergebnis dieses Konstrukts, so Forschungsleiter Mez, ist ein "gigantisches Geflecht von personellen Verbindungen und Abhängigkeiten, vom Minister bis zum Kommunalpolitiker".

So sind alle Wirtschaftsminister der ehemaligen SPD-Grüne-Regierung inzwischen bei der Atomlobby unter Vertrag.

Nachdem etwa Wirtschaftsminister Werner Müller die Übernahme des Unternehmens Ruhrgas AG durch E.ON 2002 gegen die Einwände des Kartellamts mit einem Ministerbeschluss durchsetzte, erhielt er vom durch die Fusion zum Energieriesen gewachsenen Konzern E.ON einen Managerposten und hohe Rentenzahlungen.

Sein Nachfolger Wolfgang Clement gehört zu den prominentesten Atomlobbyisten und sitzt im Aufsichtsrat der RWE Power AG. Auch er unterzeichnete die Kampagne zur AKW-Laufzeitverlängerung.

Der enorme politische Einfluss der Energie-

konzerne in der Politik hat dazu geführt, dass keine Bundesregierung sich gegen ihre Interessen gestellt hat. Auch die SPD-Grüne-Regierung richtete ihre Energiepolitik auf die Interessen der konventionellen Stromkonzerne aus. Selbst der rot-grüne Atomkonsens hat ihnen nicht geschadet und garantierte den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke (siehe Seite 3). Im Ergebnis wuchs auch unter Rot-Grün der Umsatz und die Macht der Stromkonzerne.

Dass auch die rot-grüne Regierung diese Entwicklung bewusst förderte, entspricht dem Konkurrenzprinzip des Kapitalismus. Dieses führt dazu, dass Staaten die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Konzerne fördern und die Energiekonzerne und die mit ihnen verflochtenen Unternehmen sind für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit von hoher Bedeutung.





Kampf gegen erneuerbare Energien

Ohne einen Bruch mit der Ausrichtung der Politik an den Konzerninteressen wird sich der Übergang zu einem Zeitalter erneuerbarer Energien immer weiter verzögern. Denn es sind dieselben Konzerne, die im letzten Jahr die Laufzeitverlängerung durchgesetzt haben, die trotz grüner Marketing-Initiativen seit Jahren gegen einen zügigen Ausbau erneuerbarer Energien kämpfen.

Für die deutschen Energiekonzerne bedeuten erneuerbare Energien vor allem die Bedrohung ihres atomar-fossilen Geschäftsmodells. So hielten sich die konventionellen Energiekonzerne und die deutsche Großindustrie bis auf wenige Engagements aus den erneuerbaren Energien raus (siehe Grafik).

Ihr Strom stammt fasst ausschließlich aus



atomar-fossilen Quellen und eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) zeigt, dass die deutschen Energiekonzerne sich auch in Zukunft auf Atomkraft und fossile Brennstoffe konzentrieren werden.

Erneuerbare Energien bedrohen die Profite der Energiekonzerne

Dass die Energiekonzerne an Atomstrom festhalten und nicht auf erneuerbare Energien setzen, liegt daran, dass eine Umstellung ihre Profite bedrohen würde.

Kraftwerke, bei denen sich die getätigten Kapitalinvestitionen amortisiert haben, bringen Extraprofite ein. So erweisen sich die alten Atomreaktoren, die bereits abgeschrieben sind, mit täglichen Extragewinnen von schätzungsweise einer Million Euro als wahre Goldgruben.

Bei einem Atomaussteig und dem Wechsel zu erneuerbaren Energien geht es somit um Milliardenprofite – und damit um die elementaren Interessen wichtiger deutscher Wirtschaftsbranchen. Deshalb wetterte der Chef des BDI gegen die Idee, die mit dem Atom-Moratorium vorübergehend abgeschalteten Alt- und Pannenmeiler für immer still zu legen. Aus diesem Grund hat auch RWE bereits angekündigt, gegen das Atom-Moratorim zu klagen.

Sicher ist beim Atomstrom somit vor allem eines: Die Konzerne werden zusammen mit ihrem Netzwerk in der Politik darum kämpfen, dass sie ihr Geschäftsmodell beibehalten können – ganz so wie sie es mit der AKW-Laufzeitverlängerung schon einmal geschafft haben.*

Faktencheck

Die Atom-Lügen

Atomstrom ist billig, klimafreundlich und eine wichtige Brückentechnologie?

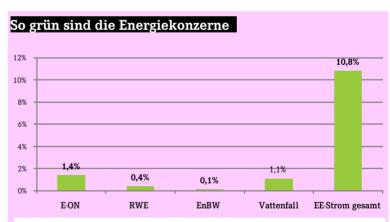
Atomstrom ist eine wichtige **Brückentechnolgie** zu einem Zeitalter der erneuerbaren Energien.

In Wirklichkeit hemmt das Festhalten an der Kernenergie den Ausbau regenerativer Energien. Das liegt zum einen daran, dass die Kosten und Subventionen für den Weiterbetrieb der 17 AKWs Mittel für Investitionen in Erneuerbare Energien binden. Zum anderen blockiert der Strom der schwer regulierbaren Atommeiler an sonnenoder windreichen Tagen die Stromnetze, sodass Windräder abgeschaltet werden müssen. Eine vollständige Energieversorgung mit Ökostrom ist laut dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) spätestens bis 2050 möglich. Notwendig ist dafür, dass Deutschland nicht nur die sieben durch das Moratorium abgeschalteten AKWs dauerhaft vom Netz nimmt, sondern gänzlich auf Atomstrom verzichtet. Nach einer Greenpeace-Studie wäre das bis 2015 möglich.

77 Ohne Atomstrom steigen die **Stromkosten**, denn Atomstrom ist besonders günstig.

Den angeblich so günstigen Atomstrom förderte der Staat von 1950 bis 2010 mit 203,7 Milliarden Euro wie eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft erechnet hat. Allein im Jahr 2008 wurde aus Steuergeldern die Kilowattstunde Atomstrom mit mehr als 4 Cent subventioniert.
Die Subventionen für erneuerbare Energien betrugen im gleichen Jahr nur ein Viertel dieser Kosten. Dass sich der Atomstrom für die Energiekonzerne rechnet, liegt allein daran, dass der Großteil der Kosten auf die Steuerzahler abgewälzt wird. Dabei

sind bei diesen Kosten noch nich einmal die Folgen eines GAUs mit einberechnet. Diese liegen so hoch, dass bisher keine Versicherung der Welt bereicht ist, die AKWs gegen Störfälle zu versichern. Auch die Atomkatastrophe in Fukushima werden die Steuerzahler bezahlen.



Die Grafik zeigt, wie wenig Strom der großen Energiekonzerne aus neuen erneuerbaren Energien (darunter Windkraft und Solarenergie) stammt - im Gegensatz zum bundesdeutschen Durchschnitt (EE-Strom gesamt). Daten des IÖW.

Atomkraft ist notwendig, um den **Klimawandel** zu bekämpfen, da Atomstrom CO2-neutral ist.

Von wegen. Was die Handlanger der Atomlobby bei ihren Reden vom angeblich CO2-neutralen Atomstrom gern verschweigen, ist der enorm umweltschädliche Abbau des Rohstoffs Uran. Uran findet sich nur in wenigen Regionen der Erde und muss deswegen über weite Strecken per Schiff und Lastwagen transportiert werden. Bezieht man die dabei entstehenden CO2-Emissionen mit ein, so hat Atomstrom schon heute einen höheren CO2-Ausstoß als moderne Gaskraftwerke. Auch sind keineswegs neue Kohlekraftwerke notwendig, um den

zusätzlichen Strombedarf abzudecken, wenn keine AKWs mehr laufen. Erneuerbare Energien könnten diesen Mehrbedarf abdecke. Tatsächlich zeigt eine neue Greenpeace-Studie, dass sogar solche Kohlekraftwerke nicht benötigt werden, die sich bereits im Bau befinden.



Transparenten stürmten Studierende 1967 die Immatrikulationsfeier im Audimax der Universität Hamburg. Sie forderten eine radikale Reform der Hochschulen. "Ihr gehört alle ins KZ!" brüllte ihnen einer der anwesenden Professoren entgegen. Er war ehemaliges SA- und NSDAP-Mitglied. "Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren" wurde der berühmteste Spruch der 68-Bewegung. Die 68-er stritten damals für unabhängige Forschung und Lehre an den Hochschulen. Dass ihre Argumente heute für das neoliberale Projekt einer "Unternehmerischen Hochschule" benutzt werden, konnten sie damals nicht ahnen.

Bereits drei Jahre vor dem Hamburger Eklat rief der Philosoph Georg Picht die "Bildungskatastrophe" aus. Die Hochschulen waren unterfinanziert und die Hörsäle überfüllt. Gleichzeitig verlangten die Unternehmen nach mehr hochqualifizierten Arbeitskräften wie Ingenieuren, Wissenschaftlern, Verwaltungsfachkräften und Lehrern. Die Bildungspolitiker kamen den Bedürfnissen der Wirtschaft nach. Sie beschlossen die erste große Hochschulreform. Die Hochschulen wurden ausgebaut und für breitere soziale Schichten geöffnet.Die Massenuniversität entstand.

einer Idee, die einst die 68er Bewegung erkämpfte. **Von Jakob Graf und Ole Guinand** 🌉

Die 68er-Bewegung forderte auch eine Hochschulreform. Aber eine andere als die Wirtschaft

Die Hochschulen wurden geöffnet - und die finanziellen Mittel eingefroren

Die Hochschule, die die 68er vorfanden, empfanden sie als hochgradig autoritär. Vor allem für Frauen war die Situation an den Universitäten schwierig. Nur etwa 26

und in der Lehre gab es kaum Frauen. Hochschulen. Dagegen stellten die Studierenden die ein und zementierte so den Personal- und

Prozent der Studierenden waren weiblich Forderung der Demokratisierung der

Denn die Professoren hatten nach dem Der sogenannte "Öffnungsbeschluss" von zweiten Weltkrieg die alte Universität 1977 räumte das Recht auf einen Studienwieder restauriert und ihre unrühmliche platz ein. Gleichzeitig fror er jedoch die öf-Rolle im Nationalsozialismus geleugnet. fentlichen Ausgaben für die Hochschulen



"Wie haben wir uns für den Ansturm (der Doppeljahrgänge, Anm. der Red.) gerüstet? (..) Den gewaltigen Aufwuchs verstehen wir als Managementaufgabe, so wie ihn Wirtschaftsunternehmen sogar noch häufiger und überraschender erleben. In solchen Situationen ist die Leitung einer unternehmerischen Universität besonders gefordert."

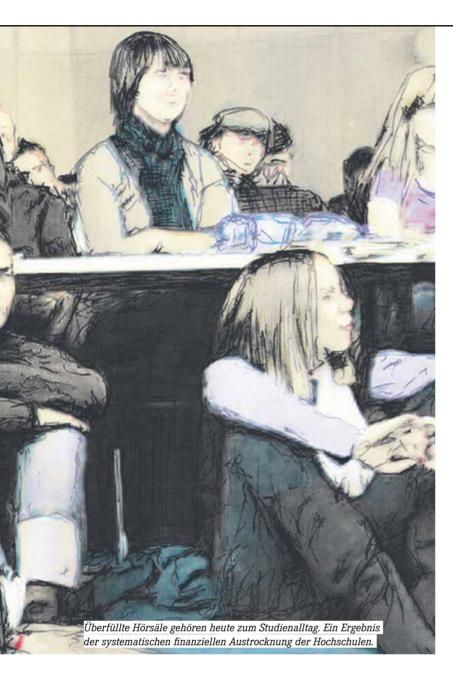
Wolfgang A. Herrmann, Präsident der Technischen Universität München

GERECHTE ÜBERGÄNGE Wachstumskritik | Ökokrise | Konsumverzicht | Chinas Green New Deal Schrumpf oder stirb? | sozial-ökologischer Umbau | Just Transition | Energie System Wechsel Eine Million Klima-Jobs | und mehr

MIT BEITRÄGEN VON Leida Rijnhout | Eduardo Gudynas | John Bellamy Foster | Ho-fung Hung | Amit Bhaduri | Michael Dauderstädt | Tilman Santarius | Ralf Krämer | Hans-Jürgen Urban Nicola Bullard Angelika Zahrnt & Hermann Scheer | Stefanie Graefe | Alberto Acosta | Stefan Schmalz | u.a.

April 2011, 160 Seiten, 10 Euro zzgl. Porto; Jahres-Abo 30,- Euro (4 Ausg.), erm. 20,- Euro, Ausl. 40, Herausgegeben von: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Bestellung: www.zeitschrift-luxemburg.de, VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg Redaktion: luxemburg@rosalux.de, www.zeitschrift-luxemburg.de





Faktencheck

Die Bologna-Lügen

Angeblich hat die Bolgna-Reform das Studium verbessert. Das Gegenteil ist richtig.

Mit Bachelor- und Master-Studiengängen lässt es sich besser studieren.

gestiegen. Das Ziel der

sind 40 Stunden pro

Kultusministerkonferenz

Woche. Gleichzeitig zählt

vom ersten Tag an jede

Note für den Abschluss.

Wahr ist: Die Zahl der Studierenden ist gestiegen. Die Zahl der Dozenten nicht. Für sie hat sich der Verwaltungsaufwand stark erhöht, sodass für heute weniger Zeit zur Betreuung von Studierenden übrig bleibt. Die Arbeitsbelastung der

sodass für heute weniger
Zeit zur Betreuung von
Studierenden übrig
bleibt.
Die Arbeitsbelastung der
Studierenden ist deutlich
Wegen des Leistungsdrucks ist es heute
schwieriger, neben dem
Studium zu arbeiten.
Doch nur noch 24
Studierenden ist deutlich

bekommen BAföG.
Deshalb müssen 67
Prozent der Studierenden
jobben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.
Hinzu kommen für viele
ab dem ersten Semester
Studiengebühren von
500 Euro. Jeder Fünfte
bricht sein Studium ab,
weil er es sich nicht
mehr leisten kann.

7 Die Studierenden profitieren von der Ausrichtung des Bachelor-Studiums auf "employability".

Mit "employability" ist die "Beschäftigbarkeit" der Absolventen gemeint, also deren problemlose Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Praktisch an den Bachelor-Absolventen ist aber vor allem, dass die Arbeitgeber ihnen durch die Verkürzung der Ausbildungszeit auf drei

Jahre einen entsprechend niedrigeren Lohn zahlen können. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) freut sich über die "deutlich kürzeren Studienzeiten" der Bachelor-Absolventen. Tatsächlich steckt hinter dem Label die Absage an ein selbstbestimmtes

Studium, das sich auch mit tiefergehenden
Themen beschäftigt. Dass
Studierende tatsächlich auch studieren möchten und nicht nur "employable" sein wollen, dass sie also lernen können, wissenschaftlich zu arbeiten – dies ist im neuen Bildungsideal nicht mehr enthalten.

Kapazitätsmangel an den Hochschulen. Die Symptome der Unterfinanzierung waren schon damals mangelnde Studienplätze, schlechte Ausstattung und Arbeitsbedingungen der Lehrenden und die Abhängigkeit von hochschulexternen Finanzierungsquellen.

Die Finanzierung der Hochschulen verschlechterte sich mit dem Ende des Booms

Zwar konnte die 68er-Bewegung im Hochschulbereich einige ihrer Forderungen wie die Ausweitung studentischer Mitbestimmung, die Abschaffung der Hörergelder oder die Einführung des BAföGs durchsetzen. Konservative gesellschaftliche Kräfte verhinderten jedoch weitergehende Reformen aus Angst vor linken Hoch-

schulen. So garantierte ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 die Professorenmehrheit in nahezu allen universitären Gremien. Am Ende dieses Prozesses stand die staatlich dominierte Hochschule unter professoraler Kontrolle, Berufsverbote und in manchen Bundesländern die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft. So wollte der frühere NS-Marinerichter und baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger im November 1977 "den Sympathisantensumpf des Terrorismus austrocknen".

Die Hochschulen waren stets Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie waren schon immer "ökonomisiert". Es ist kein Zufall, dass sich die Finanzierung der Hochschulbildung gerade in den 70er Jahren verschlechterte. Der Nachkriegsboom mit seinen hohen

Wachstumsraten und Vollbeschäftigung ging zu Ende. Die Wirtschaft schlitterte in eine Krise. Durchschnittlich fiel das jährliche Wirtschaftswachstum in Westdeutschland in den 70er Jahren auf 2,9 Prozent, in den 80ern auf 2,3 Prozent und in den 90er Jahren in Gesamtdeutschland auf 2,1 Prozent. Mit tiefgreifenden Folgen für die Hochschulen.

Die Idee der Autonomie von Hochschulen gewann eine völlig neue Bedeutung

Deutlich wird dies insbesondere bei den Hochschulreformen seit den 1990er Jahren. Kultusminister und Hochschulrektoren begründeten 1993 in einer gemeinsamen Konferenz die Reform des Hochschulsystems unter anderem mit der schwierigen finanziellen Situation der öffentlichen Kassen. Im Zusammenhang mit dem Vormarsch der neoliberalen Ideologie etablierte sich als neues Ziel der Reformen die "Unternehmerische Hochschule".

Seit der Bologna-Reform ist die "unternehmerische Hochschule" Realität. Die 68er verlangten vom Staat eine größere Autonomie in Forschung und Lehre. Im Neoliberalismus gewann diese Idee eine völlig neue Bedeutung.

Heute müssen die Hochschulen um Drittmittel vom Staat und aus der Wirtschaft konkurrieren und Studiengebühren eintreiben, um die staatliche Unterfinanzierung ausgleichen zu können. Ihre "Autonomie" liegt allein darin, dass sie zunehmend selbst dafür verantwortlich werden, wie sie genügend Gelder für Forschung und Lehre gewinnen.★

Verlag Westfälisches Dampfboot



Maßen wir uns an,

die Blindheit und den Furor des Kapitalismus zu überwinden! Auch wenn ein Scheitern nicht ausgeschlossen werden kann.

Gefordert ist ein offener Sozialismus, für dessen Gelingen es keine Garantien gibt und der trotzdem gewagt werden muss.

2011 - 217 Seiten - € 24,90 ISBN: 978-3-89691-875-8

8 Revolution in Ägypten



Willemijm Wilgenhof war während der ägyptischen Revolution in Kairo. Im critica-Interview erzählt sie, wie die Revolution auch das Frauenbild veränderte - und wieso die Ägypter weiter protestieren.



Willemijn Wilgenhof studiert im niederländischen Groningen und hat in Kairo für ihre Masterarbeit recherchiert, als die Proteste begannen.

Du warst in Kairo, als die Proteste dort begonnen haben. Warst du überrascht?

Ich war nicht überrascht, dass die Menschen auf die Straße gingen, aber von der Größe der Proteste. Ich habe in der Nähe des Tahrir-Platzes gewohnt. Bereits ab dem 25. Januar hatten die Menschen begonnen zu demonstrieren, aber es war angekündigt, dass nach den Freitagsgebeten drei Tage später mehr passieren würde. Also habe ich gewartet. Am 28. Januar kamen dann immer mehr Menschen in das Stadtviertel und forderten andere auf, mit ihnen zu demonstrieren. Am meisten beeindruckt hat mich eine Frau. die allein mit zwei kleinen Söhnen von außerhalb Kairos kam. Ein Polizist ging zu ihr und meinte, sie solle verschwinden, denn es könnte gefährlich werden. Sie fing an zu schreien: "Was erzählst du mir von Gefahr? Ich habe kein Geld für Lebensmittel oder den Arzt, ich denke jetzt nicht an Gefahr." Da ist mir klar geworden, dass viele Ägypter bei den Protesten einfach nichts zu verlieren

Es gab in westlichen Medien Berichte darüber, das Frauen auf dem Tahrir-Platz sehr präsent waren. Wie hast du das erlebt?

Ich schätze, anfangs war etwa eine von 20 Demonstrierenden eine Frau. Wenn man die Repression durch die Polizei und die Stimmung der Angst bedenkt, die in Ägypten herrschte, ist das aber schon viel. Besonders Frauen waren davon betroffen, manche mussten sich nach der Festnahme zum Beispiel ausziehen und wurden fotografiert. Es gibt aber auch Beispiele wie die Aktivistin Asmaa Mahfouz, die ein Video im Internet veröffentlicht, in dem sie zu den Protesten aufrief. Während der Proteste haben Frauen und Männer auch gemeinsam auf dem Tahrir-Platz übernachtet, und von Belästigungen habe ich nichts gehört, obwohl ich vorher häufiger von Frauen in Kairo gehört hatte, die sexuell belästigt wurden. Die Auseinandersetzung auf dem Tahrir-Platz hat die Menschen und ihr Verhalten verändert, ein gemeinsamer Protest geht nicht spurlos an

Der Vorschlag für die neue Verfassung Ägyptens wurde trotzdem nur von Männern ausgearbeitet.

Das ist natürlich ein Problem, sollte aber auch nicht überbewertet werden. Dass Frauen in wichtigen Gremien nicht – oder unterrepräsentiert sind, passiert in westlichen Ländern ebenfalls. Eine Gesellschaft kann auch nicht innerhalb von 18 Tagen des Protests völlig umgekrempelt werden. Ich glaube aber schon, dass viele Ägypterinnen und Ägypter gemerkt haben, dass es nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Männern und Frauen geht, sondern darum, gemeinsam für eine demokratischere Gesellschaft zu kämpfen.

Wie könnte eine solche Entwicklung in Ägypten in der nächsten Zeit aussehen?

Ich finde es wichtig zu sehen, dass mit Mubarak erst einmal nur der Frontmann des Regimes vertrieben wurde. Ich glaube auch, dass es nicht nur die Millionen auf der Straße waren, die ihn beeindruckt haben, sondern auch die Streiks. Mubarak ist unter Druck durch die Reichen geraten, weil in den bestreikten Betrieben Millionenverluste ge-

Seit Mubaraks Rücktritt haben mindestens 700 Streiks stattgefunden

macht wurden. Das bedeutet auch, dass die alten Eliten immer noch viel Macht haben. Es finden aber weiter Proteste und Streiks stattseit Mubaraks Rücktritt mindestens 700. Die Menschen streiten für Demokratie, aber eben auch eine wirtschaftliche Lebensgrundlage. Es ist extrem schwierig, in Ägypten einen Job zu finden. Während eines Fabrikstreiks war etwa eine Forderung, dass die Söhne der Angestellten nach deren Universitätsabschluss ebenfalls einen Arbeitsplatz in der Fabrik bekommen sollten. Es werden mittlerweile auch Gewerkschaften gegründet, es gibt einige Fortschritte. Daran sind übrigens auch viele Frauen beteiligt.

Hast du ein Beispiel dafür?

In einer Fabrik mit mehreren Tausend Arbeiterinnen und Arbeitern sind zum Beispiel etwa 3000 Frauen zu dem Teil des Geländes gezogen, wo ihre männlichen Kollegen untergebracht waren und riefen: "Wo bleibt ihr denn, ihr Feiglinge? Wir wollen protestie-

ren". Am Ende sind die Frauen nach Hause gegangen, aus Angst vor der Polizei – die hat natürlich auch anderen Protest unterdrückt, wenn aber Frauen protestieren, wird auch mit dem Geschlecht argumentiert. Es gehöre sich nicht für Frauen zu protestieren, wird dann behauptet. Das ist auch ein Beispiel dafür, dass in Ägypten unterschiedliche Unterdrückungsmechanismen eine Rolle spielen.

Gibt es in Ägypten jetzt die Chance, daran etwas zu ändern?

Am Weltfrauentag am 8. März demonstrierten zum Beispiel 400 Frauen und auch Männer auf dem Tahrir-Platz. Das erscheint wenig, ist aber trotzdem sehr beachtlich, weil es so etwas vor der Revolution nicht gegeben hätte. Im Westen besteht nach wie vor das Klischee der unterdrückten arabischen Frau, es werden sogar Militärinterventionen damit begründet, die Frauen befreien zu wollen. Ich finde, die Revolution in Ägypten hat gut gezeigt, wie verlogen das ist. Westliche Regierungen haben Mubarak so lange unterstützt, wie sie von dessen Regierung profitieren konnten - wie es um Frauenrechte bestellt war, war ihnen egal. Befreien können die arabischen Frauen sich am besten selbst. Für eine wirkliche Befreiung der Frauen muss es aber meiner Meinung nach eine Befreiung aller und eine Demokratisierung der Gesellschaft geben, die nur gemeinsam gelingen kann. Die Geschlechterrollen sind während der Besetzung des Tahrir-Platzes deshalb infrage gestellt worden, weil alle ein gemeinsames Ziel hatten.★

Das Interview führte Sarah Nagel.

Aufstand gegen Mubaraks Professoren

Die Studentin **Heba Amr** erklärt, wieso die ägyptischen Studierenden weiter protestieren.

us Angst vor massiven Protesten an den Universitäten, direkt nach dem Rücktritt Mubaraks, wurden die Ferien bis letzte Woche verlängert. Studenten diskutieren in Foren über den Einfluss und die Zukunft von Professoren und Professorinnen, die das Regime Mubaraks stark unterstützt haben.

In Alexandria zum Beispiel ist eine wichtige Forderung, dass die Präsidentin der Universität Alexandria, Hind Hanafi, zurücktritt. In der Vergangenheit mussten Kandidatinnen und Kandidaten für Führungspositionen in öffentlichen Universitäten Interviews mit der Staatssicherheitsbehörde machen.

Für die Ernennung von Professorinnen und Professoren spielte deren politische OrienMenschen reden auf den Straßen, in Cafés, in Fernseh-Talkshows, in Moscheen, in Kirchen und auf dem Weg zur Arbeit über Politik und über die Zukunft des Landes.

Viele haben die Hoffnung nun endlich etwas bewegen zu können

Viele entwickeln Ideen und Projekte, wie sie eine Entwicklung in Ägypten voranbringen wollen. Es wird von Visionen geredet. Gerade Jugendliche haben wieder die Hoffnung, etwas durch ihre Arbeit bewirken zu können. Das hat sich auf jeden Fall zum Positiven verändert.



tierung und vor allem deren Mitgliedschaft in der Regierungspartei eine entscheidende Rolle.

Studierende organisieren im Moment an vielen Unis Proteste, um das zu verändern. Bisher war die politische Aktivität von Studentinnen und Studenten stark eingeschränkt und wenn sie aktiv waren, wurden

Die Wissenschaft war von Mubaraks Regime abhängig

sie überwacht. Studierenden-Parlamente waren abhängig. Trotzdem haben sich Studierende in mehreren Städten zusammengetan und begonnen, Proteste gegen die Führungskräfte in ihren Universitäten zu organisieren. Wie die Unabhängigkeit der Wissenschaft und die Transparenz ihrer Institutionen gewährleistet werden kann, sind zentrale Diskussionspunkte in Diskussionsforen.

Überhaupt wird überall diskutiert: Die

Doch Vielen fehlt weiterhin das Sicherheitsgefühl. Bis Anfang dieser Woche gab es noch keine Polizeikräfte in den Straßen. Die Leute haben durch lokale Bündnisse die Sicherheit ihrer Häuser gewährleistet. Auf Autobahnen werden Knüppel verkauft, damit sich die Leute auf eigene Faust schützen können. Überall, wo es Banken, Regierungsgebäude, Botschaften etc. gibt, stehen Panzer und Soldaten. Dadurch hat sich das Straßenbild stark verändert - wenn auch nur für kurze Zeit.

Ich erwarte, dass mehr Leute politisch aktiv sein werden, zum Beispiel in Parteien, Oppositionsbewegungen oder Nicht-Regierungsorganisationen. Es werden viele Projekte von lokalen Organisationen und von einfachen Leuten unterstützt werden, um die Analphabetisierungsrate zu senken und um Arbeitsplätze zu schaffen. Éinige Projekte sind schon angekündigt worden. Ich erwarte einen dynamischen, intensiven Austausch in der Gesellschaft und in der Politik. ★

Debatte

Demokratie herbeibomben?

Wieso der Libyen-Krieg nicht den Rebellen nutzt, aber dem Westen. **Von Franziska Lindner**

ie Militärintervention in Libyen wird von vielen SPD- und Grünen-Poltikern gefordert, selbst die "taz" blies ins Kriegshorn. Es sei die Pflicht des Westens, die Aufständischen gegen Gaddafi zu unterstützen, lautet das Argument.

Was dabei verkannt wird: Den Staaten, die Gaddafi jahrelang unterstützt haben, geht es nicht um die Emanzipation der libyschen Bevölkerung – sondern um den, in der arabischen Revolution verlustig gegangenen Einfluss im Maghreb zurückzugewinnen.

Die Opposition soll von den NATO-Staaten anbhängig bleiben

Der Militäreinsatz ist so konzipiert, dass die Opposition abhängig bleibt von der westlichen Militärkraft – und damit den EU-Staaten. Die Bereitstellung von Waffen für die Opposition, wie von den Rebellen gefordert, wurde dagegen abgelehnt, damit die Revolutionsbewegung kontrollierbar bleibt.

Das Vorgehen zielt darauf ab, dass der Einfluss des Westens gewahrt bleiben soll. Ex-Außenministers Joschka Fischer argumentierte hinsichtlich des deutschen Abstimmungsverhaltens zur Einrichtung der Flugverbotszone: "Die Enthaltung der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat war (...) ein skandalöser Fehler (...) und mit deutschen und europäischen Interessen konnte das nicht viel zu tun gehabt haben." Die Interessen, von denen Fischer spricht, sind vor allem die reichhaltigen Öl- und Gasvorkommen in dem nordafrikanischen Land.

In den letzten Jahren haben mehrere westliche Staaten Milliardengeschäfte mit Gaddafi für die längerfristige Teilhabe am libyschen Öl-Sektor abgeschlossen. Mehr als 10% der EU-Ölimporte stammen aus Libyen. Da es um Interessenspolitik geht, kooperiert die NATO zur angeblichen Befreiung der lybischen Bevölkerung auch mit Staaten wie Saudi-Arabien, die gleichzeitig Truppen nach Bahrein schicken, um dort die Demokratiebewegung brutal niederzuschlagen. Auch an anderen Orten – etwa der Elfenbeinküste – schauten französische Truppen lange zu während ein abgewählter Präsident brutal die eigene Bevölkerung angreift - denn dort geht es nicht um Öl.

Mit ihrer kühlen Interessenspolitik untergraben die westlichen Staaten letztlich die Glaubwürdigkeit der Bewegung in Libyen. Tatsächlich gibt es Berichte, dass Gaddafi wieder an Popularität gewinnt seitdem die Angriffe begonnen haben.

Es hätte Alternativen zum westlichen Militäreinsatz gegeben: Bislang aber hat keine Regierung ihre Rohstoffimporte aus Libyen eingestellt, die Gaddafis Angriffe auf die Bevölkerung zu großen Teilen mitfinanzieren. Auch die Forderung der libyschen Bewegung nach westlichen Waffen wurde ignoriert.

Wer Illusionen in die Motive des Westens hat, legitimiert den Krieg

Dass sich die Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat enthalten hat, stellt keinen Bruch mit der stets verfolgten Realpolitik dar. Der Abzug einiger ihrer AWACS-Flieger aus dem Mittelmeer und deren Verlagerung an den Hindukusch spricht für das Heraushalten aus dem Libyenkrieg zur Ausweitung des Afghanistankrieges.

Angesichts der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war die deutsche Zurückhaltung ebenso eine wahltaktische Entscheidung. Krieg ist in der Bevölkerung meist unbeliebt und die Anti-Kriegsbewegung groß. Linke sollten mithelfen diese Bewegung aufzubauen – anstatt Illusionen in die Absichten der westlichen Regierungen zu hegen – und ihre Kriege damit zu legitimieren.



Nach Fukushima: Atomausstieg jetzt!

Mit Beiträgen von: Reinhard Loske Hermann Scheer · Jochen Hippler Dominic Johnson · Michael R. Krätke Sabine Hark · Georg Vobruba u.v.a.

abo@blaetter.de | Tel: 030/3088-3644 | www.blaetter.de



Jung, dynamisch, unterdrückt

Wieso herrschaftskritischer Feminismus heute noch wichtig ist.

Von Friederike Benda, Steffi Czedik, Julia Hillebrand und Almut Woller

rauen kriegen viele Ratschläge zu hören in letzter Zeit. Mutiger sollen sie sein, anstatt sich freiwillig in die Latte-Macchiato-Mutti-Rolle zu fügen, meint Basha Mika, ehemalige taz-Chefredakteurin. Härter in die Gehaltsverhandlungen gehen, rät die konservative Familienministerin Kristina Schröder, anstatt sich Gehälter aufdrücken zu lassen, die weit unter denen der männlichen Kollegen liegen.

Öfter mal Naturwissenschaften studieren sollen sie, schiebt Schröder nach, anstatt immer nur Germanistik und Sprachen, Fächer mit denen man eben nicht so viel verdient. Was ist der Kern dieser Ratschläge? Jede Frau ist ihres eigenen Glückes Schmiedin, man muss nur wollen, dann klappt es schon. Die Begründerinnen der Frauenbewegung hätten heute für diese Ratschläge höchstens ein müdes Lächeln übrig. Sie hatten es satt, nicht am politischen Leben teilhaben zu dürfen und in jedem Bereich der Gesellschaft den Kürzeren zu ziehen.

Um das zu ändern sprachen sie nicht bei den männlichen Politikern vor und baten höflich um das Wahlrecht, sondern traten gemeinsam für ihre Rechte ein. Denn sie hatten verstanden, was Schröder & Co. bewusst verschleiern: Wenn Frauen heute im Schnitt ein Viertel weniger verdienen, wenn sie öfter von Altersarmut betroffen sind, wenn auf der Karriereleiter die Männer an ihnen vorbeiklettern, dann ist das nicht das Problem der einzelnen Frau, die zu faul, zu feige oder zu unfähig ist, sondern es hat System.

Dass Frauen heute wähen dürfen, war kein Geschenk der politischen Klasse

Die Sozialistinnen, die den Internationalen Frauentag ins Leben riefen, haben dieses System verstanden und wählten deshalb eine kollektive Herangehensweise: Anstatt Clara Zetkin in Gehaltsverhandlungen schicken, organisierten sie riesige Demonstrationen, um klar zu machen: Wir kämpfen gemeinsam für unsere Ziele - und wir sind viele! Acht Jahre nach der ersten Massendemonstration hatten die Frauen ein Etappenziel - gleiches Wahlrecht - erreicht. Dass Frauen heute frei wählen dürfen war also kein Geschenk der herrschenden politischen Klasse aus vernünftiger Einsicht. sondern das Ergebnis von Solidarität und Aufmüpfigkeit.

Wo stehen wir heute? Wählen dürfen

Frauen, so viel ist klar. Doch schon bei der zweiten zentralen Forderung der Frauenbewegung nach gleichem Lohn sieht es düster aus. An den Grundsätzen des Systems nämlich hat sich bis heute nichts geändert. Noch immer ist die Arbeitskraft der Frau weniger Wert. Das hat mehrere Gründe. Einerseits werden Frauen aufgrund tief sitzender Rollenbilder oder durch hartnäckige Privilegienwahrung der Männer in schlecht bezahlte Berufe gedrängt, wie Arzthelferin, Sekretärin und Grundschullehrerin. Andererseits kriegen Frauen in den männerdominierten Branchen für die gleiche Arbeit weniger Gehalt als ihre Kollegen. Eine weitere Dimension der Schlechterstellung sind unsere sozialen Sicherungssysteme wie die Rentenversicherung. Sie sind an männlichen Erwerbsbiographien orientiert und bestrafen Kinderkriegen, Erziehungszeit und daraus resultierende Teilzeitarbeit mit niedrigeren Rentenansprüchen. Die finanzielle Abhängigkeit vom Mann ist damit vorprogrammiert und verhindert ein selbstbestimmtes Leben.

Damals ging es linken Feministinnen nicht nur um die materielle Gleichberechtigung. Sie lehnten die grundlegenden Prinzipien ab, die die Gesellschaft bestimmen und das Wohl der Wirtschaft über das der Menschen stellen. Herrschaftskritischer Feminismus heute fordert deshalb nicht, dass Frauen in Führungsetagen kommen, um dort die kapitalistische Ausbeutung ebenso reibungslos zu organisieren wie Männer. Sein Ziel ist ebenso wenig, dass Frauen bei der Bundeswehr "ganz emanzipiert" ebenso gut töten lernen wie Männer. Warum sollen Frauen das wollen und sich allein nach dem Maßstab richten, den Männer setzen?

Natürlich sind materielle Gleichstellung und die Überwindung der Rollenteilung, die Frauen in finanziell und gesellschaftlich marginalisierte Positionen drängt, ein Etappenziel. Wahre Emanzipation aber bedeutet mehr, als nur gleich gut mit Männern in der Konkurrenz und im allgegenwärtigen Leistungsdruck zu bestehen. Feminismus ist deshalb immer ein Kampf für die Befreiung des Mannes von den Prinzipien der Ausbeutung und Konkurrenz, des Leistungsdrucks und starrer Rollenbilder.

Und hier zu guter Letzt doch noch ein Ratschlag: Nicht von konservativen FamilienpolitikerInnen, taz-RedakteurInnen und anderen auf's Tagesgeschäft und Gehaltsverhandlungen beschränken lassen. Es gibt noch so viel mehr zu erkämpfen. ★

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Georg Fülberth: »Das Kapital« kompakt



Pocketformat | 123 S. | 9,90 Euro

Diese Einführung in »Das Kapital« zeichnet dessen Gesamtargumentation nach und legt dabei besonderes Gewicht auf den 3. Band. Nach der Rehabilitation der reinen

Arbeitswertlehre fragt sie, wie sich bei Marx die Kritik des Kapitalismus und die Untersuchung der Möglichkeiten zu seiner Aufhebung zueinander verhalten. Ein Leitfaden, der Lust auf das Original macht und bei dessen Lektüre als Orientierungshilfe dienen kann.

Gisela Notz: Feminismus

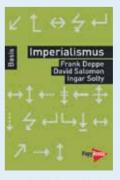


Pocketformat | 131 S. | 9,90 Euro

Feminismus als politische Theorie, soziale Bewegung und wissenschaftliche Disziplin. Seine zahlreichen, zum Teil auch gegenläufigen Strömungen, die die

Rechte der Frauen widerspiegeln, macht die Autorin anschließend mit einem Gang durch die Geschichte deutlicher, farbiger und interessanter.

Basiswissen – kompakt, prägnant und kritisch



F. Deppe / D. Salomon / I. Solty: Imperialismus

PapyRossa Basiswissen
Politik / Geschichts / Okonomie

Pocketformat | 134 S. | 9,90 Euro

Die Autoren diskutieren die klassischen Imperialismustheorien (Hobson, Hilferding, Lenin, Luxemburg) in ihrem historischen Kontext und prüfen wichtige Beiträge aus der

aktuellen Debatte. Nach einer Analyse des US-Imperialismus, fragen sie, was Euroimperialismus ist und wie zeitgemäßer Antiimperialismus aussieht.

Tel. 02 21 / 44 85 45 | Fax 02 21 / 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Ia.



Sicherlich würde niemand Legebatterien für Hühner oder Käfighaltung befürworten. Doch das moralisch zu kritisieren bringt wenig, dahinter steckt System. Im Kapitalismus müssen die Kosten für die Tierzucht gering gehalten werden um am Ende den größtmöglichen Profit zu erzielen. Jede Legehenne hat nur 550 Quadratzentimeter Platz. Das entspricht weniger als einer DIN-A4- Seite. Das ist nicht tiergerecht, aber kostengünstig.

Einzelpersonen können nichts daran ändern wie Fleisch produziert wird

Durch die Monopolstellung verschiedener Zulieferer haben diese eine solche Macht, dass sie eine Verbesserung der Haltebedingungen für die Tiere wie z.B. eine Vergrößerung der Käfige, verhindern können. Zudem werden die Nahrungsmittelmultis von der Politik subventioniert und verdrängen alternative Produkte aus dem Supermarktregal. Die Mehrheit der Konsumenten befindet sich in der Situation, sich nur Fleisch auszusuchen zu können, welches auf möglichst billige Art und Weise und folglich unter ausbeuterischen Verhältnissen, hergestellt wurde. Nur eine reiche Minderheit hat die Wahl, sich Bio-Fleisch oder -Gemüse zu kaufen.

Allerdings ändert der private Vegetarismus von Einzelpersonen nichts daran, wie Fleisch produziert wird. Ein Streit zwischen Vegetariern und Fleischessern innerhalb der Linken rührt nicht an die Wurzel des Problems. Stattdessen wird ein strukturelles Problem lediglich auf eine individuelle Ebene verlagert, wodurch weder eine breite Masse noch irgendeine Verbesserung der Produktionsbedingungen erreicht wird. Dabei wird oftmals von der Hauptursache abgelenkt, dem kapitalistischen System. Wenn sich beispielsweise eine Familie dazu entscheidet, vollkommen auf Fleisch zu verzichten, bewirkt das gesellschaftlich noch gar nichts.

Vegetarier sind nur moralisch auf der richtigen Seite

Zwar sind Vegetarier moralisch auf der richtigen Seite, eine wirkliche, langfristige und qualitative Verbesserung der Tierhaltung kann aber nur durch einen gemeinsamen Kampf gegen die Profitwirtschaft durchgesetzt werden. Um dafür zu sorgen, dass Tiere der kapitalistischen Produktionsweise nicht weiter zum Opfer fallen, kommt es darauf an, sich zu organisieren und gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Nahrungsmittelmultis unter demokratische Kontrolle gestellt werden.



Dürfen Linke Fleisch essen?

Bei keinem linken Protestevent fehlt die vegetarische Volksküche. Doch kann vegetarische Ernährung wirklich die Gesellschaft verändern?

Nein.



Maria Wetzig SDS HU Berlin

Als KämpferInnen gegen das kapitalistische System, Ausbeutung, Unterdrückung, Umweltzerstörung und Klimawandel, sollten Linke, bevor sie in ihre Currywurst beißen, genau überlegen, wie sie ihre politische Einstellung und den Konsum von Fleisch moralisch verbinden können.

Fleischexport zertört die Lebensgrundlage der Menschen in der dritten Welt

Fleischexporte zerstören die Wirtschaft in der dritten Welt. Die Industriestaaten importieren massenweise Getreide aus der dritten Welt, um daraus Tierfutter zu machen. So wird den dort lebenden Menschen die Ernährungsgrundlage entzogen. Die Produktion fleischhaltiger Ernährung bedarf vier Mal so viel Getreide pro Kopf im Jahr wie vegetarische Kost. Würde durch einen sinkenden Fleischbedarf die Zahl der Masttiere weltweit um die Hälfte reduziert werden, könnte dies zu einer eingeschränkten Fleischproduktion und der Bekämpfung des Hungers führen. Zudem ist Fleischkonsum umweltschädlich. Die für 98% der Fleischproduktion genutzte Massentierhaltung führt zur übermäßigen Abgabe von umweltschädlichen Methangasen. Um den hohen Bedarf an Weide- und Anbaufläche für Tierfutter zu decken, werden Regenwälder gerodet. Derzeit wird jede Minute eine Fläche von 10 Fußballfeldern Regenwald zerstört.

Konsequent wäre, auch die eigene Ernährungsweise zu hinterfragend

Und die Lage spitzt sich zu. Die zwei bevölkerungsreichsten Staaten China und Indien haben einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von insgesamt ca. 24 Millionen Menschen zu verzeichnen. Mit ihrer zunehmenden Orientierung an westlichen Lebensstandards, nähern sie sich unserem Ernährungsverhalten mit einem Fleischverbrauch von ca. 90 Kilo pro Kopf jährlich immer mehr an.

Angesichts dieser Fakten wirken Linke, die sich genüsslich ihr Steak in der Pfanne brutzeln und gleichzeitig die auf Profit orientierten, ausbeuterischen, umweltzerstörerischen, kapitalistischen Verhältnisse kritisieren, ziemlich unglaubwürdig.

Konsequent wäre, die eigene Ernährungsweise politisch zu hinterfragen und sich die Widersprüche mit der Kritik am Kapitalismus klarzumachen! Fleischboykott von Linken im Kollektiv ausgeführt würde ein starkes Zeichen setzen und damit einen potenziellen Beitrag leisten, den Bedarf an Fleisch zumindest in unserer Region zu senken.



"Auch der Regen" ist ein Film über ein Filmteam, das in den Kampf gegen die Wasserprivatisierung in Cochabamba gerät – und in einen Zwiespalt. **Von Veronica Hilmer und May Naomi Blank**

ichter tropischer Dschungel: auf einer Lichtung im bolivianischen Urwald steht ein Dutzend brennender Holzkreuze, an die Indios gekettet sind. Rauch steigt auf. Ein Indio schreit: "Ich verachte euren Gott, ich verachte eure Gier!" Er spuckt auf den Boden. "Schnitt, Schnitt", tönt es vom Rande der Lichtung. Der Regisseur hat die Szene im Kasten.

Ein Mann hat ein Mikrophon in der Hand, es ist derselbe Wortführer wie aus der ersten Szene. Nur dieses Mal ist die Szene echt. Er ruft der Bevölkerung der bolivianischen Provinzhauptstadt Cochabamba zu: "Sie verkaufen unsere Flüsse, selbst den Regen verkaufen sie". Durch die Rauchschwaden brennender Autos schreitet eine Reihe von Polizisten in Kampfmontur auf die Demonstranten zu, die sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung wehren.

Die spanische Regisseurin Iciar Bollain spielt in ihrem neuen Film mit zwei Reali-

tätsebenen. Der Film "Tambien la Lluvia - Auch der Regen" zeigt auf der einen Seite die brutale Kolonialisierung Südamerikas, auf der anderen Seite den Widerstand einer bolivianischen Stadt gegen den Verkauf der Wasserwerke an multinationale Konzerne. Diese Verflechtung der Ebenen gelingt ihr, indem sie einen Film über ein Filmteam gedreht hat.

Die Bewohner Cochabambas dürfen nicht einmal das Regenwasser sammeln

Eine spanische Filmcrew begibt sich samt Produzent (Luis Tosar), Regisseur (Gael Garcia Bernal) und spanischen Schauspielern auf den Weg nach Cochabamba, Bolivien, um dort einen Film über die zweite Reise des Kolumbus zu drehen. Der Film handelt von der Ausbeutung der indigenen Bevölkerung durch Kolumbus und seiner Armee. Das Team dreht in Cochabamba, da dort die Drehkosten und die Gagen der indigenen Darsteller besonders billig sind.

Während sich das Filmteam einen hohen Lebensstandard gönnt, werden die einheimischen Schauspieler schlecht bezahlt und stammen aus der Unterschicht Cochabam-

Parallel zu den Dreharbeiten beginnen die Proteste gegen die Wasserprivatisierung in Cochabamba, die es im Jahr 2000 wirklich gab. Die indigene Bevölkerung ist in ihrer Existenz bedroht. Sie können sich die Wasserpreiserhöhung von 300 Prozent nicht leisten. Sie leben überwiegend von der Landwirtschaft, doch nicht mal das Regenwasser dürfen sie sammeln - daher der Name "Auch der Regen". Denn die Regierung Cochabambas hat das Wasser an einen britisch-amerikanischen Konzern verkauft

Die Ureinwohner Cochabambas wehren sich und so werden auch die Darsteller des Films immer mehr in die Proteste verwickelt; besonders der Hauptdarsteller der Ureinwohner, gespielt von Juan Carlos Aduviri.

Der junge, idealistische Regisseur Sebastian und sein alter Freund, der Produzent Costa, sind sich einig: Der Film kommt immer an erster Stelle. Doch die Situation spitzt sich zu und die Unruhen werden auch immer mehr zur Bedrohung für das Team selbst.

Aber Regisseur Sebastian will nicht aufgeben. Sie müssen den für ihren Film wichtigen Hauptdarsteller Daniel aus dem Gefängnis holen; denn er ist einer der Anführer der Bewegung geworden. Aber wo ist die Grenze zwischen Profit und Menschenleben? Sollte das Filmteam in so einer Situation seine Arbeitnehmer nicht unterstützen?

Wir fördern.

Der Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulpolitik e.V. fördert linke studentische Projekte. Dabei kooperiert er mit dem Studierendenverband Die Linke.SDS. Durch Mitgliedsbeiträge und Spenden können Seminare, Veranstaltungen und Publikationen unterstützt werden.

Werde jetzt Mitglied!



Nach Deutschlands größtem linken Medienkongress melde dich jetzt an für Deine

LiMAregional Konferenz vor Ort

3. September Bonn | 18. Juni Leipzig | 25. Juni Hannover 20. August Ludwigshafen | 10. September Magdeburg 8. Oktober Stuttgart | 29. Oktober München

8. Oktober Stuttgart | 29. Oktober München

19. November Frankfurt/Main | 3. Dezember Erfurt

LIMA www.linke-medienakademie.de



Im Netz gefunden

Hyperlinks



Was sind moderne Alternativen zum Kapitalismus? Was können wir heute noch aus dem Kapital lernen? Antworten auf diese Fragen gibt "Marx Reloaded". Die Dokumentation mischt Interviews mit Intellektuellen wie Slavoj Zizek, Antonio Negri und Judith Orr mit Comic-Illustrationen von Marx in der Matrix und Aufnahmen von aktuellen Protestbewegungen. Bald auf DVD, ab 11. April auf arte.tv und hier der Trailer:

Mhttp://ow.ly/4w74P



Ein Fußballfeld, eine Wiese, in der Innenstadt: Menschen fallen unvermittelt zu Boden. Verstörte Passanten schauen sich um und suchen nach einer Erklärung. Mit Flashmobs zeigen besorgte Schweizer und Schweizerinnen die Gefahren der Atomkraft. Teil der Kampagne: Eine Karte, die angibt, in welcher Gefahrenzone man sich bei einer Reaktor-Panne befindet. Ähnliche Aktionen sind auch in Deutschland geplant. » http://ow.ly/4x0jL



In der Dokumentation "Inside the Revolution" filmt der britische Aktivist John Rees direkt vom Tahrir-Platz und erklärt die Hintergründe der Revolution in Ägypten. Man bekommt einen hautnahen Eindruck von der Stimmung und es gibt spannende Interviews mit ägyptischen Aktivistinnen. Eine inspirierende Doku, gedreht vor dem Sturz Mubaraks inmitten der revolutionären Tage in Kairo, komplett im Internet anzusehen unter: >>> http://ow.ly/4wezs

Sie geraten immer mehr in einen Widerspruch zwischen ihren Idealen und ihrem Handeln.

In Wirklichkeit kämpfen die Darsteller immer noch um ihr Wasser

Auch die idealistischen Spanier, die einen Film über die brutale Kolonisierung drehen, sind den Zwängen des Kapitalismus unterworfen und müssen auf ihr Budget achten. Nicht nur die Wasserkonzerne ersetzen die Kolonialisten von früher - auch das Filmteam wird zu Unterdrückern. Denn auch Kunst muss profitabel sein. Die Ureinwohner sind erneut in ihrer Existenz bedroht und müssen diesmal um das Wasser kämpfen und so wieder um ihr Leben. An ihrer Situation hat sich nicht viel geändert, sie sind die Unterdrückten, heute wie vor 500 Jahren.

Der Film "Tambien La Lluvia" erhielt den Publikumspreis der diesjährigen Berlinale und trat als spanischer Beitrag für die Oscar-Verleihung an. Das Drehbuch für den Film schrieb der irisch-schottische Drehbuchautor Paul Laverty, ein enger Freund von Ken Loach, der für über acht seiner Filme die Drehbücher schrieb, darunter "Bread and Roses".

Viele der bolivianischen Darsteller des Films waren im Jahr 2000 tatsächlich bei den Protesten beteiligt. "Wir haben sie aus den Barrios gecastet, die immer noch für Wasser kämpfen", erzählt Iciar Bollain.

"Natürlich haben wir ihnen mehr als 2 Dollar am Tag gezahlt", sagt die Regisseurin. "Bargeld oder Rohstoffe, das war die Bedingung. Sie wollten sicherstellen, dass das Geld der ganzen Gemeinde zu Gute kommt. Wir haben ihnen Ziegelsteine geliefert - und Wasser." *

Der Film kommt am 30.6.2011 in die Kinos.

Atomausstieg unverzüglich und unumkehrbar

Spätestens nach den Ereignissen in Fukushima ist klar, dass die Atomkraft nicht beherrschbar ist.

DIE LINKE fordert:

- Alle Atomkraftwerke müssen unverzüglich und unumkehrbar stillgelegt werden.
- Das Verbot der Nutzung von Atomtechnologien für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung muss im Grundgesetz verankert werden. Wir brauchen stattdessen ein Sofortprogramm für die erneuerbare Energiewende, das den massiven Ausbau erneuerbarer Energien, einen Netzumbauplan sowie die Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien beinhaltet.
- Der Export jeglicher Technologien und Produkte, die der Nutzung der Atomtechnologie dienen, muss verboten werden.
 Auch auf internationaler Ebene muss Deutschland sich entschlossen für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen.





Das "Fünf Finger, eine Faust"-Prinzip

Die Linke.SDS will etwas aufbauen, was es seit über 20 Jahren nicht mehr gab: einen bundesweit handlungsfähigen und zugleich lokal verankerten sozialistischen Studierendenverband. Zugleich ist er inhaltlich antikapitalistisch, in der Praxis bewegungsorientiert und parteinah. Fünf politische Finger also, die gemeinsam eine schlagkräftige Faust bilden. **Von Ben Stotz**

Bundesweit handlungsfähig

Die Umstellung auf Bachelor und Master stellt die Organisationsfrage heute besonders drastisch. Die Studienzeit ist kürzer und das Studium anstrengender geworden. Als bundesweiter Verband versuchen wir auf die neue Situation einzugehen - mit Arbeitsteilung, bundesweiten Materialien und Kampagnen sowie dem stetigen Bemühen, kollektive politische Erfahrungen weiterzugeben. Durch die föderale Organisation unseres Bildungssystems werden lokale Protestinitiativen immer wieder zersplittert. Meist finden sie, wie bei den Bewegungen gegen die Studiengebühren, Bundesland für Bundesland nacheinander statt, ohne zu einer gemeinsamen Bewegung zu werden. Studentischer Widerstand wird so fragmentiert und geschwächt. Um die Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen zu bringen. brauchen wir deshalb einen starken sozialistischen Studierendenverband, der bundesweit handlungsfähig ist.

Lokal verankert

Ob alleine, im überfüllten Seminar oder als vereinzelter Zeitungsleser: Auf sich alleine gestellt ist politische Arbeit schwer. Erst gemeinsam wird sie möglich. Deshalb organisiert sich DieLinke.SDS in mehr als 40 Hochschulgruppen und versucht sich in möglichst vielen Instituten und Fachbereichen zu verankern. An jedem Hochschulstandort besteht dabei die Möglichkeit selbst aktiv zu werden und mit einer eigenen Gruppe politische Projekte zu entwickeln. Jede Gruppe entscheidet selbst, was sie tun will: Kreative Aktionen auf dem Campus, inhaltliche Veranstaltungen und Infostände oder Besetzungen von Rektoraten und theoretische Lesekreise. Auch politisch zählt die lokale Verankerung: Viele politische Konflikte spitzen sich an der eigenen Hochschule zu. So werden selbst Auslandseinsätze der Bundeswehr von der Rüstungsforschung an Hochschulen gestützt.

Antikapitalistisch

In den letzten Jahrzehnten sind kritische und marxistische Wissenschaften fast vollständig aus den Hochschulen verdrängt worden. Die offiziellen Lehrpläne sind vom neolibe ralen Zeitgeist durchdrungen. Dem versuchen wir eine selbst organisierte Bildungsarbeit entgegenzusetzen: von großen Kongressen über Seminare und Veranstaltungen mit linken Inhalten, bis hin zum Publizieren von Broschüren. Ob Bologna-Reform oder Atomkatastrophe - wer die Welt verändern möchte, muss zuerst versuchen, sie überhaupt zu verstehen. Eine zentrale Aufgabe des Verbandes sehen wir deshalb darin, theoretische Analysen unserer Gesellschaft zu leisten und uns selbst antikapitalistische Alternativen zu erarbeiten. Der systematische Einsatz für eine Re-Etablierung kritischen und marxistischen Denkens unter Studierenden ist eines der Kernthemen von DieLinke.SDS.

Bewegungsorientiert in der Praxis

In sozialen Bewegungen und Streiks machen Menschen wichtige Erfahrungen von Selbstorganisation und Solidarität. Oft geraten sie dadurch in Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen und zur herrschenden Ideologie. Wir halten deshalb konkrete politische Kämpfe für den zentralen Hebel einer sozialistischen Transformation. Wir haben uns stark in den Bildungsstreiks engagiert und beteiligten uns an der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden. In Bewegungen versuchen wir als Organisation präsent zu sein und nachhaltige Organisierungsangebote über spontane Bewegungen hinaus zu machen. Bewegungsorientierung steht für uns keineswegs im Widerspruch zur Mitarbeit in Asten, Studierendenparlamenten und Fachschaften. Im Gegenteil: Nur wer aktiv an und in der Hochschule kämpft, stellt den politischen Status Quo tatsächlich in Frage.

Parteinah

Grundlegende Veränderungen der Hochschulen und der Gesellschaft gehören zusammen. Wenn Kapitalismuskritik nicht nur in linken Nischen an den Hochschulen, sondern auch im Bundestag artikuliert wird, haben Studierende, genau wie soziale Bewegungen und Gewerkschaften, bessere Ausgangsbedingungen im politischen Kampf. Dazu benötigen wir jedoch Bündnispartner außerhalb der Hochschulen. Die Linkspartei ist die einzige relevante demokratisch-sozialistische Kraft in der Bundesrepublik. Keine Strategie progressiver und emanzipatorischer Veränderung kommt momentan an ihr vorbei. Denn Kritik wird vor allem dann wirksam, wenn sie die Mehrheit der Menschen ergreift. Darum beziehen wir uns ausdrücklich auf DIE LINKE, wobei aber weder die Mitgliedschaft in der Partei, noch ein Interesse an ihr Voraussetzung für die Mitarbeit bei DieLinke.SDS ist.

Die Linke.SDS – Frequently Asked Questions

[1] Worum geht's?

Die Linke.SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) ist seit seiner Gründung im Mai 2007 an den deutschen Hochschulen präsent. Seitdem setzt sich der SDS für bessere Studienbedingungen ein – und versteht dies als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Kampfes gegen die Krise, gegen Sozialabau, Krieg, Umweltzerstörung, Ausgrenzung und Unterdrückung jeglicher Art. Mit dem Namen bringt Die Linke.SDS als politisch und organisatorisch unabhängige Organisation

sowohl die Nähe zur Partei DIE LINKE zum Ausdruck als auch den Anspruch, an der außerparlamentarischen Tradition des SDS der 68er-Bewegung anzuknüpfen.

[2] Wie kann ich mitmachen?

An über 40 Hochschulen in Deutschland gibt es bereits aktive Gruppen. Wenn es noch keine Gruppe an deiner Hochschule gibt, hilft dir die AG Gruppen- und Kampagnenbetreuung beim Aufbau einer. Kontakt unter: www.linke-sds.org



Neue Broschüre

15

Die Linke.SDS und die linksjugend.['solid] haben die Broschüre "Block Fascism" herausgebracht. Die Broschüre beleuchtet das Thema Faschismus aus einer historischen Perspektive und analysiert die aktuellen Entwicklungen in Deutschland und Europa. Zum Download und zum Bestellen unter www. linke-sds.org oder Tel. 030-24009130

Gruppen vor Ort



Die Linke.SDS gibt es auch an deiner Hochschule – hier die Kontakte vor Ort.

AACHEN: FHTW Aachen. Kontaktperson: Nelly, nelly. elachkar@hotmail.com★ BERLIN FU: Kontakt: Ole Guinand sds dielinke fu@ googlemail.com, 01512 9113696, www.sds-fu.de ★ BERLIN HU: Kontakt: Julia Dück, sds.dielinke-hu@web. de, 0176 23932884, www. hu-berlin.linke-sds.org ★ BOCHUM: Kontakt: Fabian Arndt, arndt.fabian@yahoo. de, 017621721396**★ BONN:** kontakt@die-linke-sds-bonn. de, www.die-linke-sds-bonn. de★ BREMEN: Kontakt: Paul, naujoks.paul@gmail. com ★ CHEMNITZ: Kontakt: Benni, bennischumann@web. de ★ DARMSTADT FH: Kontakt: Jens Liedtke, liedtke@ maldes.de, 0177 4286984 **★ DORTMUND:** Linke Liste (assoziiertes Mitglied), linkeliste@asta.uni-dortmund. de ★ DRESDEN: Kontakt: Enrico Pfau E-Mail: info@ linke-hsg-dresden.de Telefon: 01578 8491487 Homepage: www.linke-hsg-dresden. de ★ DUISBURG/ESSEN: Kontakt: Julian, julianben@ arcor.de, 017623567777 ★ DÜSSELDORF: Kontakt: Agit, agit@hotmail.de EBERSWALDE: linke aktion-ew@gmx.de ★ FRANKFURT/MAIN: Kontak: Lisa Deniz, lisadeniz@web. de. 0176 51195179. dielinke. sds-ffm.de ★ FRANKFURT/ ODER: Kontakt: dielinke. sds-viadrina@gmx.de, www. viadrina.linke-sds.org ★ FREIBURG: Kontakt: Julia Meier, jtmeier@gmx.de, 0179

9055512. sds.dielinke-freiburg.

de **GÖTTINGEN:** Kontakt: Cathérine Gosse, catherine86@ web.de, 0178 5232547 ★ **GREIFSWALD:** Kontakt: Claudia Sprengel, linke.sds. greifswald@googlemail.com, www.greifswald.linke-sds.org ★ HALLE: sds.mlu@googlemail. com, sdsmlu.blogspot.com★ HAMBURG: Uni Hamburg, DIE LINKE.SDS, Kontakt: Konstantin Braun, maybe5@gmx.de, dielinkesdsunihamburg. blogspot.com ★ **HAMBURG**: Liste Links, Kontakt: Till Petersen, till_petersen@public. uni-hamburg.de, 040 29890475 ★ HAMBURG BLS: Linke. SDS BLS Kontakt: Daniel Uhlig, die-linke-bls@hotmail. de, www.die-linke-bls.blogspot. com ★ HANNOVER: info@ dielinke-hsg-hannover, www. dielinke-sds-hannover.de ★ HEIDELBERG: Kontakt: Alex Malsch. sds@fsk.uni-heidelberg. de, www.sds-heidelberg.de , 06221 168174 **★ JENA:** Kontakt: Christian Götze. christians_adresse@web.de ★ KASSEL: Kontakt: Sebastian Zintel, kontakt@linke-sds-kassel. de. 0176 24671420. www. linke-sds-kassel.de ★ KIEL: dielinke.sds-kiel@gmx. de★ KÖLN: Kontakt: Jenny Nenoff. uni-koeln@die-linke.org, www.die-linke.org/hsg-koeln, 01773061627 ★ **KONSTANZ**: Ryk, ryk.fechner@uni-konstanz. de ★ LEIPZIG: Kontakt: Jana Werner, sds-leipzig@gmx.de, 0177 4929892 www.linkehsg-leipzig.de ★ LÜBECK: mona-Isabell@Mittelstein. name ★ MAGDEBURG: info@sds-dielinke-lsa de, www.sds.dielinke-lsa.

de ★ MAINZ: Kontakt: Sebastian Buhl. sds-mainz@ web.de ★ MANNHEIM: Kontakt: Julien Ferrat, sds@dielinke-ma.de, 0621 1540864 **★ MARBURG:** info@sds-marburg.de, www.sds-marburg.de * MÖNCHENGLADBACH: (assoziiertes Mitglied) Kontakt: Hilmar Schulz, hilmar.schulz@asta. hs-niederrhein.de, 0177 4237968 **★ MÜNCHEN:** Kontakt: Max Steiniger, maxsteiniger@gmx.de, 0151 23078675 ★ **MÜNSTER**: Kontakt: Hannes Draeger, hannes-draeger@gmx. de, 0176 21174818 * NÜRNBERG/ERLANGEN: Kontakt: Ramona Tax. ramona.tax@web.de, 0175 4776527 ★ PASSAU: SDS. Die Linke.Passau: Kontakt: Tupac Orellana, E-Mail: kontakt@sds-passau.de **★ POTSDAM:** Kontakt: Friederike Benda, friederike. benda@googlemail.com, www.linke-sds.org/potsdam ★ REGENSBURG: Kontakt: Sascha Collet, info@sds-

solid-sds.de, www.solid-sds.de ★

Weitere Kontakte unter
Telefon:
030 – 24009130 und im

Internet unter:

www.linke-sds.org

regensburg.de, 0179-7361226

★ ROSTOCK: kontakt@sds-

rostock.de, www.sds-rostock.

de ★ SAARBRÜCKEN:

Kontakt: Sebastian, sds.

saarbruecken@googlemail.

com ★ TÜBINGEN: info@



Ich will...

☐ mich an Anti-Nazi-Aktivitäten beteiligen

☐ Info über die Castor-Proteste

 \square mehr Info über Die Linke.SDS bekommen

 $\hfill\Box$ bei Die Linke. SDS mit
machen

Vorname Name:

Straße, Nr.:

PLZ. Ort:

Hochschule / Bundesland:

E-Mail:

Telefon:

Einfach ausfüllen und abschicken an: Die Linke.SDS; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin oder per Mail: info@linke-sds.org. Fragen? 030-24009130



Sarah Maples Kunst richtet sich gegen religiöse Klischees und Geschlechterstereotype zugleich. Ihr gelingt, was sonst niemand mehr schafft: Mit Kunst zu provozieren. **Von May Naomi Blank**

hre erste Ausstellung löste Schockwellen in Großbritannien aus zu einer Zeit, in der Provokationen in der Kunst meist nur ein müdes Gähnen auslösen. Fenster und Türen der Kunstgallerie LeSalon im Londoner Westend wurden eingeschlagen, Vertreter der Muslimischen Gemeinde kritisierten ihre Bilder auf BBC, auch ein paar wütende Feministinnen schickten Briefe. Sarah Maple gilt als die Hoffnung der englischen Kunstszene.

Die Werke der jungen muslimischen Künstlerin schwanken zwischen politisch-provokant und anstößig. Auf einem Selbstportrait inszeniert sie sich verschleiert mit einem Button, auf dem steht: "I love Orgasms". In einer Kunst-Guerilla Aktion klebte sie Fotos von sich mit riesigen Plastik-Brüsten über die nackten Frauenbilder im englischen Boulevardblatt "The Sun".

Ihr wohl kontroversestes Bild zeigt eine muslimische Frau, die ein Schwein in ihrem Arm hält und krault. Doch dahinter steckt keine anti-muslimische Hetze oder eine Leidenschaft zum nackt posieren, sondern der Versuch einer jungen Künstlerin, auf religiöse Klischees und Geschlechterstereotypen aufmerksam zu machen.

Sarah Maple ist 25 und kommt aus der südenglischen Grafschaft Sussex. Ihre Mutter ist Muslimin und ihr Vater Christ. Aus dieser Biographie zieht die junge Künstlerin Inspiration für ihre Werke. Sie stammt aus der Generation, für die die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon

die ersten prägenden politischen Ereignisse waren. Sie wurde erwachsen, in einer Gesellschaft, in der das Feindbild Islam von den Medien geschürt wurde. Auf der Suche nach ihrer eigenen Identität berührt Sarah Maple sensible Themen: Wie finden sich Muslima in der westlichen Welt zurecht? Wie können sie ihre Sexualität leben, wie gehen sie mit

schen überhaupt keinen Zugang zur Kunst finden", sagte sie der critica. "Ich will keine Werke machen, die man nur verstehen kann, wenn man sich eine kunstwissenschaftliche Abhandlung darüber durchliest. Humor ist etwas, was wir alle verstehen. Wenn ich so meine politische Botschaft transportieren kann, umso besser."



westlichen Klischees von muslimischen Frauen um, die sie als unterwürfig und von ihren Männern unterdrückt darstellen?

Indem sie die Grenzen zwischen dem sexualisierten Frauenbild der westlichen Welt und dem Bild von Frauen im Islam verwischt, provoziert sie die Betrachter. Traditionelle Auffassungen von Religion und der gesellschaftlichen Rolle der Frau stellt sie in Frage und macht sich darüber lustig. "Ich hasse, wie elitär die Kunstwelt ist und dass so viele Men-

Durch ihre Kunst will Sarah Maple ihre religiöse Überzeugung und ihre Weiblichkeit unter einen Hut kriegen. Denn Maple ist überzeugte Feministin. 2010 organisierte sie eine Kunstauktion für die Konferenz "Feminism in London". Erst kürzlich sprach sie auf dem niederländischen Feminismus-Festival "woman.inc".

In ihrer Kunst thematisiert sie das Frauenbild, was über die Mainstream-Medien transportiert wird. "Man schlägt Seite drei einer der größten überregionalen Tageszeitungen in England auf und es ist ganz normal, dass man Titten sieht", erzählt sie, "Der Frauenkörper ist ein Gebrauchsgegenstand geworden, mit dem so ziemlich alles verkauft wird." Sarah Maple hingegen will Feminismus zum Mainstream machen. Sie will die negativen Klischeevorstellungen davon aufbrechen, was Feminismus ist und sein kann- und stößt damit auch bei Feministinnen auf Kritik.

Sich für den Feminismus ausziehen, das ist eine umstrittene Methode. Sarah benutze ihre Sexualität, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erwecken, sie zeige ihren eigenen Körper, um ihre Kunst zu verkaufen, so die Kritik einiger Frauenrechtlerinnen. Sarah Maple ist Teil einer feministischen Bewegung: Die "dritte Welle" des Feminismus ist die Mischung aus zeitgemäßer feministischer Kritik und Popkultur. Als selbstbestimmte Subjekte inszenieren Künstlerinnen wie Sarah Maple eine offensive Sexualität, die man von Frauen nicht erwartet.

In einem Selbstportrait von Maple trägt sie ein T-Shirt mit der Aufschrift: "Hast du schon auf mich masturbiert?" So konfrontiert sie das Publikum mit der Art, wie viele Männer Frauen sehen. "Manchmal muss man direkt sein, um Probleme aufzeigen zu können", findet Maple. "Viel zuviel Kunst stellt nichts mehr in Frage und hat überhaupt keine Aussage. Wenn Kunst aufhört kritisch zu sein, dann wird sich nichts verändern, dann kann es keinen Fortschritt geben." ★

rah Maple (2)